

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Hans-Günther Toetemeyer MdB zur Nationalkonferenz des ANC in Durban: Der ANC demonstriert Geschlossenheit.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB erörtert die Perspektiven Jugoslawiens: Jugoslawien braucht die Europäisierung.

Seite 2

Christa Randzio-Plath MdEP zum 3. Programm zur Chancengleichheit der EG: Ein bescheidenes Angebot.

Seite 3

46. Jahrgang / 131

12. Juli 1991

Der ANC demonstriert Geschlossenheit

Zur Nationalkonferenz des ANC in Durban

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

**Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher und Südafrika-
experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Die 48. Nationalkonferenz des African National Congress (ANC), die erste freie Nationalkonferenz seit 32 Jahren, hat die entscheidende Bedeutung, die dem ANC bei der Demokratisierung Südafrika zukommt, eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Anders als die mit Spannung geladene Stimmung der ANC-Konsultativkonferenz im Dezember letzten Jahres war die soeben in Durban zuendegegangene Konferenz von großer Geschlossenheit und nach innen gerichteter Aussöhnung getragen.

Selbst konservative südafrikanische Zeitungen zeigten sich vom Verlauf der Konferenz, vor allem aber von der dort praktizierten Fähigkeiten der Delegierten zu demokratischen Entscheidungen sehr beeindruckt.

Nelson Mandela, neugewählter ANC-Präsident und Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Oliver Tambo, bezeichnete die Konferenz zu Recht als "Meilenstein in der Geschichte dieser Organisation". Wen wundert dies angesichts der Tatsache, daß es ihm gelang, die über 2.000 Delegierten aus allen Teilen des Landes auf seine politische Leitlinie einzuschwören.

Mandelas gemäßigter, auf Verhandlungen mit der Regierung ausgegerichteter Kurs wurde eindrucksvoll bestätigt. Die Fortsetzung seiner Politik spiegelt sich in der Besetzung der Führungsposition des ANC wider. Walter Sisulu, alter Weggefährte Mandelas und ebenfalls Vertreter des gemäßigten Flügels, bekleidet nun die einflußreiche Position des stellvertretenden Präsidenten. Der 76jährige Sisulu war bis zu seiner Inhaftierung vor 30 Jahren ANC-Generalsekretär.

Viel Beachtung fand die Wahl von Cyril Ramaphosa zum neuen ANC-Generalsekretär. Der bisherige Vorsitzende der Minenarbeitergewerkschaft NUM gilt als zäher Verhandlungspartner und vortrefflicher Organisator, der selbst in Regierungskreisen hohes Ansehen genießt. Der 39jährige zählte jedoch nicht zu den Wunsch Kandidaten Mandela, da er einer der entschiedensten Kritiker von Mandelas Ehefrau Winnie ist. Mandelas Favorit Alfred Nzo, ein Mann der alten Garde, wurde durch die Wahl Ramaphosas ins politische Abseits gedrängt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie Ihren
mit umweltfreundlicher
Recycling-Papier



Bei der Wahl zum Nationalen Exekutivrat legten die Delegierten großen Wert auf Ausgewogenheit. Sowohl Chris Hani, Führer des militanten, als auch Thabo Mbeki, Führer des gemäßigten ANC-Flügels, wurde in die von 40 auf 90 Mitglieder ausgeweitete ANC-Exekutive gewählt. Beide erhielten jeweils über 75 Prozent der Delegiertenstimmen. Die Wahl Hanis und Mbekis mag zugleich als Symbol für die Bereitschaft der Delegierten gelten, die im Verlauf der letzten Monate aufgebauten Fronten innerhalb des ANC abzubauen.

In Durban hat der ANC seine Handlungsfähigkeit, besonders aber seine Demokratiefähigkeit unter Beweis gestellt. Die noch vor eineinhalb Jahren illegale Freiheitsbewegung ist mittlerweile zu einer Massenorganisation herangewachsen, die die unterschiedlichen Strömungen kanalisiert und unter einem Dach zusammengefaßt hat. Die neue Führungsspitze des ANC erhielt den Auftrag, die seit dem Mai aufgrund der Gewalteskalation in den Townships berechnete abgebrochenen Gespräche mit der weißen Minderheitsregierung über Verfassungsfragen wiederaufzunehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der ANC zur Durchsetzung seiner Forderungen zukünftig auf begleitende Massenproteste zur Verbesserung seiner Verhandlungsposition verzichten würde. Da anfängliche Vertrauen auf eine friedliche Aushandlung des Reformprozesses ist nämlich inzwischen in tiefes Mißtrauen gegenüber der südafrikanischen Regierung umgeschlagen. Zu groß ist das Mißtrauen gegenüber einer reaktionären Gruppe innerhalb des Staatsapparates, die daran interessiert ist, den Verhandlungsprozeß durch Gewaltaktionen zum Scheitern zu bringen.

Zu viele Dinge haben sich in den letzten Monaten ereignet, die Zweifel an der Integrität der Regierung aufkommen ließen: Die Provokation von Gewalt durch reaktionäre Gruppen innerhalb der Regierung, die Verzögerungstaktik der Regierung im Zusammenhang mit allen getroffenen Vereinbarungen und hinsichtlich der Freilassung politischer Gefangener.

In der Frage der Sanktionen hat Mandela sich mit seiner Auffassung durchgesetzt, sie "Zug um Zug" aufzugeben. Auf sie jetzt schon völlig zu verzichten, wäre auch töricht. Mit seiner Meinung hat er viel Verständnis für die schwierige Position der Klerks bewiesen, der Erfolgserlebnisse gegenüber seiner Klientel benötigt.

Jetzt ist der Präsident der Republik am Zug. Von ihm wird es abhängen, wie die weitere Entwicklung verläuft. Die Zeit eilt aus zwei Gründen:

1. Mandela wird nicht jünger.
2. Der Zeitpunkt der nach der Verfassung erforderlichen Nationalratswahlen rückt näher.

Ein gefestigter, auf Verständigung bedachter ANC ist zum Gespräch über ein neues, demokratisches Afrika bereit. Weitere Verzögerungen der weißen Regierung sind nicht mehr zu verantworten.

(-/12. Juli 1991/rs/fr)

Jugoslawien bruch die Europäisierung **Die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung ist unverzichtbar**

Von Gert Weisskirchen MdB

Noch hat Jugoslawien eine Chance. Drei Monate Frist für die Lösung der Konflikte ist eine kurz bemessene Zeit. Akzeptieren die Kräfte des Unitarismus in Belgrad, daß nur der gewaltfreie Dialog die angemessene Methode für die Neukonstruktion Jugoslawiens ist, dann könnten die die Loslösung vom Zentrismus fördernden Kräfte Sloweniens und Kroatiens ein letztes Mal ihre Positionen neu bedenken. Sollten Panzer wieder eingesetzt werden, um die Fiktion der Einheit mit Gewalt aufrecht zu erhalten - unwiederbringlich wäre das Ende Jugoslawiens gekommen.

Die Entscheidung des Parlaments Sloweniens ist ein mutiger Schritt zu einer möglichen Erneuerung Jugoslawiens. Hinter die nationale Selbstbestimmung jedoch wird sie nicht führen können. Die alte Struktur dieses Vielvölkerstaates muß erst zerfallen, bevor sie wieder entstehen kann in einer anderen, völlig veränderten Gestalt. Der Weg dahin kann nur führen über die freiwillige Entscheidung der Menschen in den bisherigen Territorien nach ihrer Konstituierung als für sich souveräne und unabhängige Republiken. Eine schwierige Wegstrecke ist zu bewältigen. Sie erfordert den Mut aller Beteiligten im bisherigen Jugoslawien und die Bereitschaft Europas, den notwendigen Beitrag zu leisten.

Die strikte Einhaltung von vier Bedingungen sind unabdingbar, damit die Europäisierung Jugoslawiens gelingen kann:

- der gewaltfreie Dialog als Methode zur friedlichen Regelung von Konflikten innerhalb der Republiken und zwischen ihnen;
- Freiheit der nationalen Selbstbestimmung;
- Schutz der Minderheiten und Sicherung der Menschenrechte besonders ethnischer und religiöser Einzelgruppen;
- Auf- und Ausbau der Demokratie sowie der Strukturen einer zivilen Gesellschaft.

Chauvinismus und Xenophobie sind die Rückseite des vollständigen Zusammenbruchs des Kommunismus und der titoistischen Ideologie. Ihre Gefahren können eingedämmt werden, wenn dichte Netzwerke geknüpft werden zwischen den Parteien und Bewegungen, den Initiativen und Gruppen der zivilen Gesellschaften Europas und den Republiken Jugoslawiens.

Der letzte Akt des zu Ende gehenden Dramas Jugoslawiens kann münden in eine blutige Kette nicht abreißender Tragödien. Sie wird Gesamteuropa erschüttern. Noch ist die Chance gegeben, daß ein anderer Weg beschritten wird. Wird sie wahrgenommen, dann verstärkt sie die Europäisierung Europas.

(-/12. Juli 1991/rs/fr)

Ein bescheidens Angebot

Zum 3. Programm zur Chancengleichheit der EG

Von Christa Randzio-Plath MdEP

"Bescheiden" ist das 3. Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Dabei fällt die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes in den Zeitraum 1991 bis 1995, in dem das Programm umgesetzt werden muß. Zu recht setzt das Programm zur Chancengleichheit auf den vollständigen Zugang der Frauen auf den europäischen Arbeitsmarkt. Die Ziele des neuen Aktionsprogramms sind richtig. Es gilt die Erfolge der Gemeinschaft auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen zu konsolidieren, zu maximieren und zu kapitalisieren und neue Initiativen für Frauen im Bereich der beruflichen Bildung und Beschäftigung zu entwickeln, die im Rahmen der Politik und Programme der Gemeinschaft integriert sind. Die Partnerschaft und die Komplementarität zwischen den Maßnahmen, die von den verschiedenen verantwortlichen Partnern (Kommission, Mitgliedsstaaten und Sozialpartner) ausgeführt und verstärkt werden.

Das neue Aktionsprogramm konzentriert sich 1991 bis 1995 auf drei Tätigkeitsbereiche:

- 1) die Umsetzung und Entwicklung existierender EG-Rechte,
- 2) die Entwicklung von Initiativen im Bereich von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, indirekter Diskriminierung, sozialem Schutz und sozialer Sicherheit von selbständigen Frauen,
- 3) die Verbesserung des Status von Frauen in der Gesellschaft.

Im neuen Programm sollen auch zugunsten von Frauen eine Bewußtseinsveränderung, eine erhöhte Bereitstellung von Information und verbesserte Kommunikation sowie das Bild von Frauen in den Medien verankert werden.

Wichtig ist auch eine Verbindung zwischen dem Europäischen Parlament und den politischen Parteien in den Mitgliedstaaten, um ein Bewußtsein darüber zu schaffen, daß es von grundlegender Bedeutung ist, mehr Frauen im Entscheidungsprozeß zu haben.

Für das erste Jahr des Programms (1991) wird ein Budget von fünf Millionen ECU vorgeschlagen und 5,3 Millionen ECU für das zweite Jahr (1992). Diese Mittel sind völlig unzureichend. Darüber hinaus müssen vor allem Hindernisse zur Überwachung der Gleichberechtigung sowie die fehlende Infrastruktur und Kinderbetreuung angegangen werden.

Wichtiger wäre es allerdings, den entscheidenden Beitrag zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt europäisch zu regeln und eine EG-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu verabschieden. Sie sollte den Rechtsanspruch auf außerfamiliäre Kinderbetreuung gesetzlich verankern. Außerdem fehlt im Chancengleichheitsprogramm eine Binnenmarktoffensive für Frauen und ein europäischer Frauengipfel sowie eine Europäische Frauenkonferenz, die zur Nachbereitung der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 und zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 1995 versprochen worden war. Es wird höchste Zeit, daß Frauen an der Macht in Politik und Wirtschaft gemeinsam mit Frauen, Frauenverbänden und Frauengruppen die EG-Position in Sachen Gleichstellung bestimmen. Eine solche Konferenz könnte auch Signalwirkung gegenüber den Frauen in Mittel- und Osteuropa haben. Eine Binnenmarktoffensive der EG ist für Frauen überlebenswichtig: denn ohne staatliche Strukturpolitik und staatliche Rahmenbedingungen würden Frauen zu den Verliererinnen des Binnenmarktes zählen: noch mehr Frauen als bisher werden zwar erwerbstätig sein. Ihr Arbeitsplatz wird aber schlecht bezahlt, minder qualifiziert und sozial schlecht oder gar nicht geschützt sein. Deswegen müssen Binnenmarktprogramme zur Qualifizierung der Frauen beitragen und den geteilten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Frauen abbauen helfen.

Zu recht setzt das Chancengleichheitsprogramm auf "Frauen im Entscheidungsprozeß" und betont, daß Gleichstellungspolitik einen festen Bestandteil der Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik der Gemeinschaft bilden soll. Dazu bedarf es aber engagierter und kompetenter Frauen in der EG. Zwei Frauen unter 17 Kommissaren und eine Frau unter 23 Generaldirektoren sind da kein Ruhmesblatt! Deswegen muß endlich auch die EG-Personalpolitik - übrigens auch die des Europäischen Parlaments - frauenpolitisch Farbe bekennen.

(-/12. Juli 1991/st/ks)
